

Beschlußempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Angelika Beer und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 13/3748 -**

Ächtung von Landminen (II)

A. Problem

Jeden Tag sterben 800 bis 1200 Menschen durch Landminen, die gleiche Zahl wird verstümmelt oder schwer verletzt. Mindestens jedes dritte Opfer ist ein Kind. Mehr als 100 Millionen Landminen sind in mehr als 60 Ländern der Erde eine alltägliche Bedrohung für die Menschen, und täglich erhöht sich die Zahl der ungeräumten Minen durch den Einsatz neuer in aktuellen Kriegen und Konflikten.

Der Versuch, das Minenprotokoll zum VN-Waffenübereinkommen auf der Überprüfungskonferenz in Wien 1995 und ihrer Fortsetzung in Genf 1996 deutlich zu verschärfen, scheiterte an der unnachgiebigen Haltung Chinas, Rußlands und führender Minenproduzenten der Dritten Welt.

Landminen widersprechen dem Gebot der Humanität, und das durch den Einsatz dieser Waffenkategorie verursachte menschliche Leid ist nur durch ein vollständiges Verbot und die Ächtung von Landminen zu erreichen.

B. Lösung

Einsetzen für ein weltweites Verbot der Entwicklung, der Forschung, der Produktion und des Einsatzes aller Formen von Landminen sowie Schaffen einer gesetzlichen Grundlage, die ein solches Verbot für den Geltungsbereich der Bundesrepublik Deutschland verbindlich vorschreibt.

Offenlegung aller nationalen und bilateralen Forschungsprojekte im Landminenbereich und aller nationalen Bestände und Exporte sowie Vorbereitung eines kurzfristigen Ausstiegs aus jenen Projekten, die militärisch verwertbar sind. Finanzmittel im Bundes-

haushalt, die im Zusammenhang mit der militärischen Anwendung und Räumung von Minen stehen, sollten in einem Fonds zusammengefaßt werden, der der Rehabilitation und Entschädigung von Minenopfern sowie der Minenräumung unter Aufsicht der VN dient.

Offenlegung aller militärischen Einsatzplanungen, Landminen betreffend, im Bereich der nationalen Verteidigung und in multinationalen Bündnissen sowie Beendigung einer deutschen Beteiligung im Rahmen von Bündnisverpflichtungen und militärischen Einsatzstrategien.

Einwirken auf die Bündnispartner, auf jegliche Art der Anwendung von Minen zu verzichten, und Einleiten der vollständigen Vernichtung der eigenen Minenbestände.

Mehrheitliche Ablehnung im Ausschuß**C. Alternativen**

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Antrag auf Drucksache 13/3748 wird abgelehnt.

Bonn, den 4. Dezember 1996

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Karl-Heinz Hornhues

Vorsitzender

Dr. Friedbert Pflüger

Berichterstatter

Gert Weisskirchen (Wiesloch)

Berichterstatter

Angelika Beer

Berichterstatterin

Dr. Olaf Feldmann

Berichterstatter

**Bericht der Abgeordneten Dr. Friedbert Pflüger, Gert Weisskirchen (Wiesloch),
Angelika Beer und Dr. Olaf Feldmann****I.**

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 13/3748 in seiner 89. Sitzung am 29. Februar 1996 an den Auswärtigen Ausschuss federführend und an den Verteidigungsausschuss zur Mitberatung überwiesen. Der Auswärtige Ausschuss hat seinen Unterausschuss für Abrüstung und Rüstungskontrolle um eine gutachtliche Stellungnahme gebeten.

II.

Der Verteidigungsausschuss hat den vorliegenden Antrag in seiner 35. Sitzung am 22. Mai 1996 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen. Ungeachtet dessen empfiehlt der Verteidigungsausschuss, die Minenproblematik auch weiterhin als Beratungsthema beizubehalten, da die Ergebnisse von Genf vom Deutschen Bundestag zu ratifizieren sind und

im übrigen jährliche Konsultationen und eine Überprüfungskonferenz in fünf Jahren nach Inkrafttreten des Abkommens vorsehen.

Der Unterausschuss für Abrüstung und Rüstungskontrolle hat den vorliegenden Antrag in seiner 14. Sitzung am 17. April 1996 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Gruppe der PDS und bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

III.

Der Auswärtige Ausschuss hat den vorliegenden Antrag in seiner 51. Sitzung am 4. Dezember 1996 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abwesenheit der Gruppe der PDS dessen Ablehnung empfohlen.

Bonn, den 4. Dezember 1996

Dr. Friedbert Pflüger
Berichtersteller

Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Berichtersteller

Angelika Beer
Berichtersterlin

Dr. Olaf Feldmann
Berichtersteller